

2018-05-07

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 18.04.2018

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:48 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Freie Fraktion Dessau-Roßlau

Dreibrodt, Hans-Peter unentschuldigt
Trocha, Harald entschuldigt

Fraktion der CDU

Ehm, Lothar entschuldigt
Mau, Hans-Joachim entschuldigt
Schwabe, Jörg entschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Harald entschuldigt
Sanftenberg, Angela entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Hofmeister, Dirk entschuldigt
Weber, Hendrik entschuldigt

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Grünthal, Martin entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

In Vertretung des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm, eröffnete der **1. Stellv. Vorsitzende, Herr Hoffmann**, die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 35 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Verpflichtungserklärung eines Stadtrates/einer Stadträtin

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzender, erklärte, dass dieser Tagesordnungspunkt **zurückgezogen wird**, da bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Mandatsannahme erfolgt ist.

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen (35:00:00).

4 Genehmigung der Niederschrift vom 28.02.2018

Abstimmungsergebnis: 32:00:03

Der **1. Stellv. Vorsitzende Herr Hoffmann** verwies auf die bereitgestellte Niederschrift vom 21.03.2018 (in Papierform und digital im Ratsinformationssystem). Die entsprechende Beschlussfassung erfolgt in der Sitzung des Stadtrates am 13.06.2018.

Während der Abstimmung erschien Herr Busch zur Sitzung.

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras begann seinen Bericht mit einem **kurzen Rückblick:**

Am 23. März wurde in der Marienkirche eine Ausstellung unserer Kollegen und Freunde aus der Partnerstadt Ludwigshafen eröffnet. Die **Künstlerinnengruppe aus Ludwigshafen** war persönlich vor Ort und hat unsere Stadt für zwei Wochen mit über 40 verschiedenen Kunstobjekten bereichert. Er dankte dem Sachbearbeiter Öffentlichkeitsarbeit und Städtepartnerschaften Herrn Schüler für die Betreuung der Gäste vor Ort und der Gleichstellungsbeauftragten Frau Falkensteiner für die Begleitung des Projektes sowie dem Kulturredirektor, in Person Frau Sommer, für die Umsetzung und Organisation dieser Ausstellung.

Am 29. März wurde das neu sanierte **Standesamt** eröffnet. Es ist wirklich gut gelungen. Von der Klimaanlage bis hin zur Medien- und Beleuchtungssteuerung entspricht das Standesamt nun modernsten Anforderungen und wir hoffen, dass viele Menschen die Möglichkeit nutzen, sich in unserem Standesamt zu trauen.

Am 27. März hat Herr Oberbürgermeister Kuras einen Termin mit Herrn Ministerpräsidenten Haseloff wahrgenommen, um über das Bauprojekt unserer **Synagoge** zu sprechen. Dabei wurde deutlich, dass der Neubau einer Synagoge in Magdeburg oberste Priorität genießt. Auch der Landesverband der jüdischen Gemeinden hat sich prioritär für das Projekt in der Landeshauptstadt ausgesprochen. Es gilt nun, Finanzierungsmöglichkeiten des Landes zu prüfen und weitere Vorschläge zu machen, um dieses wichtige Projekt erfolgreich realisieren zu können.

Eine gute Nachricht hingegen hatte der Ministerpräsident am 11. April für uns, so werden mit mehr als 200.000 € Fördermitteln drei wichtige und spannende Projekte in unserer Stadt gefördert. Zwei davon betreffen direkt das **Bauhausjubiläum 2019**. Es handelt sich zum einen um das Projekt „Passagen“ und zum anderen um das Projekt der „Unsichtbaren Orte“. Das dritte Projekt betrifft das Flussbad Rehsumpf, das nun mit Hilfe dieser Förderung bis zum Jahr 2019 in altem Glanz erstrahlen soll.

Am 30. März haben der Stadtratsvorsitzende, Herr Ehm, und der Beigeordnete für Gesundheit, Bildung und Soziales, Herr Krause, die **Ehrenbürgerschaft** an den Unternehmer Karl-Heinz-Heise verliehen. Herr Heise war völlig überrascht von der Verleihung und es war wohl eines der schönsten Geschenke, die wir ihm als Stadt zu seinem 90. Geburtstag beschenken konnten. Herr Oberbürgermeister dankte dem Stadtrat für die Initiative und Herrn Heise, insbesondere für seine Verdienste im wirtschaftlichen Bereich in unserer Stadt.

Um die Wirtschaft ging es auch am vergangenen Donnerstag. Im Rahmen der Wirtschaftsoffensive waren wir bei der **Firma Railistics** im Fürst-Leopold-Carré zu Gast. Vorgefunden wurde ein selbstbewusstes und erfolgreiches Unternehmen, deren Aufträge bis nach China und Israel reichen.

Aktuelle Arbeitsstände

Sanierung Rathaus: Noch in diesem Monat soll die Sanierung der Turmhaube abgeschlossen werden. Die Sanierungsarbeiten an der Turmfassade werden voraussichtlich bis Ende Mai abgeschlossen sein, sodass im Anschluss mit dem Rückbau der Rüstung begonnen werden kann, was noch einmal ca. 10 Wochen in Anspruch nehmen wird.

Sanierung Georgium: Aktuell befinden wir uns im 4. Bauabschnitt. Der Auftrag für die Planungsleistungen „Gebäude“ ist erteilt und die Verträge für die technische Ausrüstung und die Tragwerksplanung sind derzeit in der Unterschriftenrunde. Die Ausschreibungen für die Bauleistungen sind in vollem Gange und die Aufträge für die Baustelleneinrichtung und die Gerüstarbeiten kurz vor Vertragsabschluss.

Sportbad Dessau: Wir sind kurz vor der Eröffnung. Zurzeit laufen noch die Restarbeiten in den Außenanlagen und am Wirtschaftshof. Die baubehördliche Abnahme Ende März war erfolgreich, sodass die Freigabe zum Probetrieb erteilt werden konnte.

Mitte März fand eine Anlaufberatung zur Wiederaufnahme der Arbeiten nach einer Winterunterbrechung zur Herstellung der Bushaltestellen, der Überquerungsstelle, der Ampelanlage, der Straßenbeleuchtung sowie des Parkplatzbaus statt.

Das gesteckte Ziel, die Bauarbeiten noch im April zu beenden, kann aufgrund des langen Winters leider nicht erreicht werden. Derzeit wird auf beiden Straßenseiten der Helmut-Kohl-Str. zur Errichtung der Haltensstellenbereiche und der Fußgängerampel gearbeitet. Das Ziel ist, alle Leistungen, inklusive Bau des Parkplatzes, bis Ende Mai fertigzustellen.

Bau von Bushaltestellen: Die Firma Bau und Haustechnik Bad Dübren hat nach einer öffentlichen Ausschreibung den Zuschlag zum Bau von 13 Haltestellen erhalten. Dabei werden die alten Busborde gegen neue behindertengerechte Borde ausgetauscht und die Wartebereiche neu gepflastert. Der Bau der 13 Haltestellen im Stadtgebiet hat somit planmäßig begonnen. Es ist laut Vertrag vorgesehen, bis Ende Juni alle Haltestellen inkl. der neuen Wartehallen fertigzustellen.

Schulsanierung durch STARK III: Der Maßnahmebeschluss für die Sanierung des Anhaltischen Berufsschulzentrums Hugo Junkers wird aufgrund notwendiger technischer und finanzieller Ergänzungen überarbeitet und als Vorlage zur kommenden Stadtratssitzung am 13. Juni eingereicht. Der STARK-III-ELER Antrag für den Ersatzneubau der Sporthalle für die Grundschule Meinsdorf wird fristgerecht zum Antragsstichtag 5. Mai bei der Investitionsbank eingereicht.

Umbau des Bahnhofsvorplatzes:

Der Zuschlag zur Umgestaltung konnte vor zwei Wochen an die Bietergemeinschaft Reif & Strabag erteilt werden. Trotz der verspäteten Vergabe der Bauleistung ist es das Ziel, die Umgestaltung des Busbahnhofes in wesentlichen Teilen in diesem Jahr abzuschließen. Derzeit befindet sich die Arbeitsgemeinschaft in der Planung. Der Bauablaufplan und die Verkehrsführung werden präzisiert.

Ersatzneubau Muldebrücke:

Die letzten Pflanzarbeiten wurden Anfang April abgeschlossen. Auch im Bereich der nördlichen Löschwasserentnahmestelle sollen die Wasserbauarbeiten noch im April vollständig abgeschlossen werden. Im Anschluss wird auch die letzte Baustellenzufahrt zurückgebaut.

Weitere Meldungen liegen aus folgenden Bereichen vor

Aus dem Amt für Kultur

Hinweis zum Jubiläum: Nunmehr seit 25 Jahren besteht ein gemeinsamer Arbeitskreis der Kulturdezernenten des Niedersächsischen Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt. Morgen und übermorgen ist der gemeinsame Arbeitskreis zu Gast in unserer Stadt. Insbesondere die Kollegen aus Niedersachsen haben ein großes Interesse am Bauhausjubiläum. Weitere Schwerpunkte des Erfahrungsaustausches sind die Theaterfinanzierung und die Provenienzforschung.

Seit gestern ist auch wieder das ZDF zu Gast in unserer Stadt. Die Dessauer Bauhausbühne ist seit mehr als sechs Jahren Schauplatz für das neue und attraktive Musikfernsehen: zdf@bauhaus.

Gemeinsam möchten wir die 100. Folge feiern und uns öffentlich bei den Programmachern und Entscheidern für das vielfältige Engagement um die populäre Konzertreihe bedanken sowie einen Ausblick in die Zukunft des Formats wagen.

Aus dem Amt für Wirtschaftsförderung

Am 12. April 2018 folgten rund 90 Entscheider aus Dessau-Roßlauer Unternehmen der Einladung des Amtes für Wirtschaftsförderung zum 16. Turbo-Breakfast. Als guter Gastgeber dieser etablierten Netzwerkveranstaltung präsentierte sich die CIRA GmbH & Co. Dessau KG im Dienstleistungszentrum K 11 in der Kochstedter Kreisstraße 11.

In Anlehnung an den Breitbandausbau liegt seit dem 19. Februar der abschließende Förderbescheid des Bundes vor. Mit der Gegenzeichnung des Netzausbaupertrages am 26. März durch die Stadt und den Netzbetreiber DATEL wurden die weiteren Weichen für den Breitbandausbau gestellt. Nunmehr liegen alle Fördervoraussetzungen für den weiteren Ausbau mit dem Ausbauziel Ende 2018 vor.

Aus dem Amt für Bildung und Schulentwicklung

Vom 16. bis 18. März hat in Magdeburg der 55. Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ stattgefunden. Für diesen Wettbewerb hatten sich 12 Teilnehmer der Musikschule „Kurt Weill“ aus Dessau-Roßlau qualifiziert, davon waren 11 unter den Preisträgern. Eine Teilnehmerin konnte sich für den Bundeswettbewerb qualifizieren. Es ist Frau Laetitia Hippe. Der Wettbewerb beim Bund wird vom 17. bis 24. Mai in Lübeck stattfinden. Zu diesen großartigen Leistungen gratulierte er und wünschte Frau Hippe viel Erfolg.

Aus dem Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung

In der Jagdsaison 2016/2017 wurden in 25 Jagdgebieten der Stadt 862 Wildschweine erlegt. Im Jagdjahr 2017/2018 waren es bis heute 1304. Das entspricht einer Steigerung von 151%. Dennoch ist festzustellen, dass nach Einschätzung der Jagdbehörde die Bejagung alleine nicht ausreicht. Es werden 3 Maßnahmen vorgeschlagen, die notwendig wären, um die Bejagung erfolgreicher zu gestalten:

1. Konzertierte Bejagung in allen Waldgebieten (auch Landesforst),
2. Aufhebung des Verbotes von Nachtsichtgeräten an der Schusswaffe,
3. Aufhebung des Verbotes der Anfütterung

Aus dem Eigenbetrieb Stadtpflege

Der Termin des symbolischen 1. Spatenstichs für den Neubau einer Trockenfermentationsanlage für die Vergärung von Bioabfällen auf dem Gelände der Abfallentsorgungsanlage in der Kochstedter Kreisstraße findet nächste Woche Donnerstag, am 26.04.2018, um 10:00 Uhr statt. In dieser stadteigenen Vergärungsanlage sollen ab Januar 2019 mehr als 12.000 Tonnen Bioabfälle aus der haushaltsnahen Sammlung im Stadtgebiet sowie ca. 2.000 Tonnen Grünabfall verwertet werden.

Bauhausjubiläum 2019

Von der Fördermittelübergabe des Ministerpräsidenten am 11. April wurde bereits berichtet. Einen Tag zuvor, am 10. April, fand ein Arbeitsgespräch der AG Bauhausjubiläum im Rathaus statt; einige Stadträte waren mit dabei. Im Mittelpunkt stand hier vor allem das Thema Kommunikation. Während Frau Krämer von der Stiftung Bauhaus die Ergebnisse des Projektes Passagen vorstellte, lieferte die Stadtmarketinggesellschaft einen Überblick über die geplanten Marketingaktionen zum Bauhausjubiläum. Geplant ist neben einer neuen Imagekampagne für Touristen auch eine Binnenkampagne. Bürgerinnen und Bürger sollen zu Botschaftern der eigenen Stadt werden und einen positiven Blick auf Dessau-Roßlau liefern.

Der Kontakt mit Frau Dr. Perren wird noch einmal aufgenommen. Jetzt, wo Planungssicherheit über die wichtigsten Projekte besteht, ist es notwendig, der Öffentlichkeit eine umfassende Information über den Stand des Vorhabens zu geben. Möglicherweise wäre eine Sitzung des Stadtrates eine gute Gelegenheit dafür. Es wäre gut zu wissen, ob die Stadträte dafür sind, das im Stadtrat zu machen.

Während des Tagesordnungspunktes erschienen Herr Rumpf, CDU-Fraktion und Herr Semper, Fraktion Die Linke, zur Sitzung.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung des Stadtrates am 21.03.2018 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Umgestaltung der ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) Schnittstelle am Bahnhofsvorplatz Dessau – Novellierung,
- Änderungsbebauungsplan Nr. 136 A 1.1 „Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt“ und zugleich Teilaufhebung des Bebauungsplanes 136 A1 – Arbeitsrichtungsbeschluss zur weiteren Verfahren.

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Herr Wilhelm Falb, Johannisthalerweg 59, 06849 Dessau-Roßlau, bezog sich auf den Winterdienst und legte dar, dass sich speziell auf seiner Seite der Straße große Pfützen bilden. Von den durchfahrenden Fahrzeugen wird das Wasser auf den Bürgersteig gespritzt, so dass ca. 8 m des von ihm zu beräumenden Bürgersteiges bei Frost vereisen. Er stellte die Frage, ob er das Eis, welches durch hochspritzendes Wasser der durchfahrenden Autos entsteht, zu beseitigen hat. Sollte die Frage mit Ja beantwortet werden, möchte er wissen, was er tun kann, um einmal für 2 Wochen im Winter wegfahren zu können. Die Antwort könne nicht die Beauftragung eines Dienstleisters sein. Am unbewohnten Nachbargrundstück ist ein Dienstleister im Einsatz. Dieser kommt aber nicht unverzüglich und ist innerhalb von 10 Sekunden wieder weg.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Ginzkey, Alte Leipziger Straße 13, 06849 Dessau-Roßlau, richtete seine Anfrage an die anwesende Geschäftsführerin der DWG, Frau Passlack und stellte bezüglich des Wohnblocks in der Friedhofstraße die Frage nach dem Stand und ob eine Versammlung stattgefunden hat, zu der Herr Neumann, Leiter der Trauerhilfe Verißmeinnicht eingeladen wurde. Dieser hätte Interesse an dem Block, was berücksichtigt werden sollte.

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzende des Stadtrates, verwies darauf, dass es sich hier um firmeninterne Dinge handelt, die im direkten Gespräch geklärt werden sollten.

Herr Ginzkey führte des Weiteren aus, dass er bezüglich der Ausführungen des Oberbürgermeisters zum Discozelt bereits darauf verwiesen hat, dass die Jugendlichen eine feste Bleibe brauchen und schlug deshalb das Gebäude der früheren Gärungschemie vor. Er stellte an Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke, die Frage, ob er sich das Gebäude angesehen hat. Die Firma Eilfeldt aus Roßlau sollte hier involviert werden.

Auch dieses Thema sollte im persönlichen Gespräch geklärt werden, merkte **Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzender**, an.

An **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, gewandt, führte **Herr Ginzkey** abschließend aus, dass die Schienen in der Kavaliertstraße bald ausgebaut werden. Es wurde versprochen, dass diese vom Friedhof III bis zur Ludwigshafener Straße wieder eingebaut werden. Er fragte, ob es dabei bleibt. Es sollte eine Schienenerweiterung nach Mildensee erfolgen.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, ging auf das Thema Friedhofstraße ein und ergänzte die Ausführungen von Herrn Ginzkey dahingehend, dass es noch mehr Investoren gibt und sprach die Hoffnung auf einen positiven Weg für alle aus.

Zum Thema Parkplatz Schillerstraße, welches schon seit langer Zeit im Stadtbezirksbeirat diskutiert wird, fragte **Herr Eichelberg** nach dem aktuellen Stand und was in den nächsten Wochen dort vorgesehen ist.

Die Beschlussvorlage zum Vorschlag der Herrichtung dieser Fläche als Parkplatz ist in Bearbeitung, erwiderte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**. Es gab Verzögerungen, da andere Dinge von der Priorität her wichtiger waren. Die Beschlussvorlage wird so schnell wie möglich zur Beratung in die Gremien eingebracht.

Herr Glathe, CDU-Fraktion, verwies auf das Platzproblem der Regenbogenschule, (Schule für geistig Behinderte), da immer mehr Schüler dazu kommen. Es könnte eine weitere Klasse gebildet werden, aber dafür reicht der Platz nicht aus.

Zur Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen der Schule wurde einiges zu diesem Thema gesagt, jedoch weiß die Direktorin nicht, an wen sie sich noch wenden soll. Es soll eine Containerlösung geben. Der Beigeordnete für Gesundheit, Soziales und Bildung hat gesagt, dass Bewegung in diese Sache kommt und das Amt für Schulentwicklung und Bildung die Zuarbeiten gemacht hat. Da diesbezüglich noch nichts abzusehen ist, stellte er die Frage, was getan wird, damit die Regenbogenschule genügend Platz hat, um die Kinder unterzubringen.

Herr Glathe ging weiterhin auf die Wildschweinproblematik ein, da er als Stadtrat von Bürgern immer wieder diesbezüglich angesprochen wird. Es sind die Stadtteile Süd, Törten und Haideburg mit verschiedenen Straßen betroffen. Er stellte die Frage, was die Stadt tut, damit die Wildschweine die Gärten verlassen. Es sind viele Häuser betroffen. Es gab am Montag einen sogenannten Runden Tisch. Er hatte versucht daran teilzunehmen, jedoch wurde ihm gesagt, dass das aufgrund von Nichtöffentlichkeit nicht geht. Ihm wurde der Rat gegeben, sein Grundstück einzuzäunen. Das habe er natürlich getan. Als Verwaltung sollte man mit solchen Äußerungen äußerst vorsichtig sein, wenn man die Gegebenheiten nicht kennt.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, merkte bezüglich der Regenbogenschule an, dass es bereits Beschlusslagen gibt. Warum daran nicht gearbeitet wird, könne vielleicht die Bauverwaltung sagen. Das Amt für Schulentwicklung und Bildung hat vor 4 Wochen eine Risikomeldung an den Oberbürgermeister gegeben. In einer internen Beratung wurde ein neuer Maßnahmenablaufplan gefertigt, der sicherstellen soll, dass die Bauverwaltung bis zum Schulhalbjahr 2018/2019 eine Containerlösung aufstellt. Zwischenzeitlich gab es Überlegungen auf eine Modulbauweise umzuschwenken, ohne eine endgültige Lösungsvariante abzuwägen. Das ist parallelisiert worden, d. h. es kommt jetzt eine Zwischenlösung als Container. Parallel dazu ist der Auftrag erteilt worden, dass es eine Erarbeitung einer Endlösung gibt, d. h. Neu- oder Anbau.

Auf die Wildschweinplage eingehend, verwies **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, auf viele nicht beeinflussbare Ursachen. Die Stadt ist umgeben von großen Waldgebieten. Die Wildschweine drängen aus mehreren Gründen in die Stadt, bspw. weil sie kein Futter haben und weil sie zum Teil in den Waldgebieten bejagt werden. Vornehmlich ist Dessau-Süd davon betroffen. Da entsprechende Zahlen ausgeführt wurden, findet sie die Frage, was die Stadt macht, seltsam. Es sind 500 Schweine mehr bejagt worden und jedes müsse einzeln geschossen werden. Die Ansätze, was noch besser gemacht werden kann und wo noch Möglichkeiten bestehen, hat der Oberbürgermeister genannt. Die Stadt ist in ständigen Gesprächen, u. a. soll die Jägerschaft verstärkt und darüber nachgedacht werden, jemanden fest einzubeziehen, um Zugriff auf ihn zu haben, damit eine ständige Bejagung abgesichert werden kann. Bezüglich des Stadtjägers, der nur einen geringen Zeitanteil in seiner Arbeitsplatzbeschreibung dafür hat, soll nachgebessert werden. Es gibt Waldgebiete, die nicht uns gehören und in denen Schutzgebiete herrschen, wo sehr eingeschränkt bejagt wird. Dieses Problem kann nur ganzheitlich gelöst werden. Sie könne nicht versprechen, dass es schnelle Lösungen gibt, da das Problem inzwischen zu groß ist.

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bezog sich auf das Thema Blühstreifen und Pflanzenschutzdienst in Bezug auf das Pflanzenschutzgesetz aus dem Jahr 2012. Die ausgearbeiteten Fragen, wie die Stadt in der Kontrolle des Pflanzenschutzgesetzes, die den Landkreisen und kreisfreien Städten obliegt, agiert, übergab er zur schriftlichen Beantwortung an die Verwaltung.

Die Beantwortung einer Anfrage von Herrn Berghäuser zu Nachpflanzungen der Bäume im Bereich Kurt-Weill-Straße bzw. Lidiceplatz ist nicht akzeptabel, fuhr **Herr Schlecht-Pesé** fort. In der Beantwortung steht, dass es Bäume gibt, die nicht nachgepflanzt werden, weil zu viele Leitungen im Boden liegen. Das Stadtbild könne aber nicht durch die unterirdische Infrastruktur überformt werden, gerade in Zeiten, wo regelmäßig Abgänge in den Bäumen zu verzeichnen sind und wo sich der Stadtrat und die Verwaltung dazu bekannt haben, dass das Stadtbild instandgesetzt werden soll. Er unterbreitete den Vorschlag, dieses Thema in den Eigenbetrieb Stadtpflege einzubringen. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erwiderte, dass das Tiefbauamt dafür zuständig ist. Der Stadtpflegebetrieb pflanzt die Bäume, aber ob sie gepflanzt werden können oder nicht, entscheidet dieser nicht.

Wenn dort Baumscheiben sind, wo nachgepflanzt werden sollte und es heißt, dort sind jetzt Wasserleitungen, stellt sich die Frage, was notwendig wäre, um dort wieder Bäume zu pflanzen, denn an dieser Stelle sind Bäume notwendig, merkte **Herr Schlecht-Pesé** an.

Weiterhin bezog sich **Herr Schlecht-Pesé** auf das Thema Kindertagesstätte Essener Straße. Es geht nicht darum, die Beschlussvorlage zu torpedieren. Er könne aber die Beschlussvorlage in der Form nicht unterstützen und äußerte vor allem Kritik am Verfahren. Es geht darum, mit Eigenmitteln eine Kindertagesstätte neu zu errichten, die als Ausweichstandort dienen kann, um andere Kindertagesstätten sanieren zu können, dass Fördermittel fristgerecht abfließen etc. Das Thema der sparsamen wirtschaftlichen Haushaltsführung ist eine Grundlage, aber man muss auch eine definierte Leistung haben. Wenn diese schon zu dem Zeitpunkt rein der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit unterworfen ist, ist vielleicht die Entscheidungsfindung bezüglich der Abwägung nicht ganz umfangreich gewesen. Es wurde geäußert, dass es eine Beschlussvorlage gibt und dass vorher ein Wirtschaftlichkeitsvergleich gemacht wird.

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzende und Leiter der Sitzung, wies Herrn Schlecht-Pesé auf die bereits überschrittene Redezeit hin.

Das Problem ist die Frage der Gestaltung, die zu einem Zeitpunkt erfolgen muss, wenn die Beschlussvorlage noch nicht da ist, fuhr **Herr Schlecht-Pesé** fort. Er hatte eine schriftliche Bitte an die Stadt geschickt, dass den Fraktionen die Variante 2 des Entwurfes bekanntgegeben wird. Es handelt sich um zwei Pläne und ein paar Ansichten etc., damit den Stadträten eine Abwägung möglich ist. Die Argumentation in der Beschlussvorlage ist akzeptabel, aber die Abwägung kann nicht umfänglich ohne diese Bekanntgabe erfolgen. Er fragte, warum die Variante 2 nicht versendet wird.

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzende und Leiter der Sitzung, erklärte, dass dies keine Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ist und eine ziemliche Beugung dessen, was er zulassen kann. Das habe Herr Schlecht-Pesé ausgereizt.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, brachte bezüglich der Ausführungen von Herrn Schlecht-Pesé ihre Verwunderung zum Ausdruck, da der Gestaltungsvorschlag im Gestaltungsbeirat besprochen wurde. Es wurde kritisiert, dass die Flächenausnutzung nicht in Ordnung ist, dass die Mehrstöckigkeit dort nicht gegeben ist und ein Flachbau im Wohngebiet Essener Straße eher gestalterisch unzulänglich ist. Mit diesen Kritikpunkten hat sich der Fachausschuss, der auch Bauherr ist, auseinandergesetzt. In der Beratung hat man sich auf einen weiteren Entwurf verständigt, der nach Beratung im Betriebsausschuss weiter verfolgt werden soll. Ausdrücklich wurde gesagt, dass die Betriebsleitung mit dem neuen Kompromiss noch einmal in den Gestaltungsbeirat gehen soll. Im Gestaltungsbeirat ist nach ihrer Kenntnis auch auf den Kompromiss eingegangen und gesagt worden, dass mit Hinweisen dieser dritte Entwurf weiter verfolgt, bearbeitet und vorgestellt werden soll. Fakt ist, dass der zweite Entwurf eine halbe Million Euro teurer ist. Die Verwaltung hat diesen Entwurf aus Kostengründen verworfen und deshalb nicht ausgereicht, auch weil es diesbezüglich nichts zu entscheiden gibt.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schlecht-Pesé**, ob man die Variante 2 erhalten kann, entgegnete **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass diese zur Kenntnis gegeben werden kann, aber die Verwaltung wird diese Variante nicht als Beschlussvorschlag unterbreiten.

Frau Perl, SPD-Fraktion, bezog sich auf den seit 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und stellte die Frage, ob es in der Stadt Dessau-Roßlau diesbezügliche Klagen gibt und mit welchen Kosten gerechnet werden muss, wenn Eltern klagen. Nach ihrer Kenntnis werden die Plätze langsam eng, so dass sie den schnellen Bau in der Essener Straße begrüßt.

Frau Förster, Leiterin des Jugendamtes, erhielt das Rederecht und erklärte, dass es keine Klageanträge an das Jugendamt gibt. Im Eigenbetrieb DeKiTa gab es zu einem bestimmten Platz eine Klage, die aber zurückgezogen wurde. Da noch keine Klagen eingegangen sind, kann die Frage zu den Kosten nicht beantwortet werden.

Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, erklärte, dass an ihn die Frage gestellt wurde, wie die Maßnahme der zusätzlichen Digitalisierung am Philanthropinum realisiert wird. Nach seiner Kenntnis gibt es Abstimmungsprobleme zwischen dem Schulamt und dem Zentralen Gebäudemanagement. Die Baumaßnahme sollte in den Ferien erfolgen. Er bittet um eine schriftliche Auskunft, wie realisiert wird, dass diese Maßnahme in den Ferien durchgeführt wird, da ansonsten die Schüler und Lehrer die Leidtragenden sind.

Auf die Problematik des Gestaltungsbeirates eingehend, bemerkte **Herr Schönmann, Fraktion Die Linke**, an Herrn Schlecht-Pesé gewandt an, dass eine Verständigung im Gestaltungsbeirat stattgefunden hat und es auch um die Akzeptanz von Beiräten geht. An dieser Stelle lobte er Frau Rach, weil sie sich als Verantwortliche außerordentlich in diese Besprechung des Gestaltungsbeirates eingebracht hat und sie am Ende gestaltete Beschlussvorlagen zur Realisierung führt. Er appelliert an die Stadtverwaltung und an die entsprechenden Ausschüsse, sich zu Gestaltungsfragen vor der Erarbeitung des Beschlusses zu verständigen, damit dieser Prozess dem Quartier und dem Anspruch dieser Stadt entspricht.

Im Gestaltungsbeirat geht es immer nur um Beratung, aber diese ist in der Vorphase angesagt, bevor es dann zu einem Beschlussentwurf kommt.

Gewerbetreibenden aus dem Damaschkecenter verweisen auf eine Qualitätsverschlechterung, was die Versorgung im entsprechenden Quartier bzw. auch der Dienstleistungen betrifft, erläuterte **Herr Schönemann**. Mit dem Abgang eines maßgeblichen Ankermieters besteht dort ein erhebliches Problem. Da die noch existierenden Gewerbetreibenden für die Entwicklung ein Signal benötigen, stellte er die Frage, was dort bereits eingeleitet wurde.

In Beantwortung führte **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, aus, dass das Amt für Wirtschaftsförderung mit dem Ortschaftsrat und den Gewerbetreibenden ins Gespräch gekommen ist. Das besonders anhängliche Thema ist der Auszug des ALDI Supermarktes. Es gibt dort Eckparameter für eine Einzelhandelsansiedlung, welche in den Konzepten der Stadt festgelegt sind. Diese reichen den Einzelhändlern an dieser Stelle nicht mehr aus. Die einzige Lösung, die für die Einzelhändler gefunden werden kann, die sich aber nachteilig auf andere Einzelhandelsstandorte auswirken könnte, ist eine Vergrößerung der Fläche. Derzeit sind die Rahmenbedingungen so, dass sie für den Einzelhandel dort nicht attraktiv sind. Er kann nicht die Hoffnung machen, dass sich dort in absehbarer Zeit ein anderer Einzelhändler mit den gegebenen Parametern, die wir haben, auch wieder ansiedelt. Dazu wurden auch Gespräche mit der IHK geführt. Die Stadt Dessau hat einen überdurchschnittlich hohen Einzelhandelsbestand im Verhältnis zu anderen Städten. Es findet hier eine Marktkonsolidierung statt. Wenn der Einzelhandelsstandort erhalten werden soll, wird es schwer, mit den gegebenen Parametern dort wieder einen Einzelhandel anzusiedeln.

Man müsste sich das Zentrenkonzept ansehen, insbesondere, welche Parameter für den Einzelhandel dort gelten und daraus ableiten, ob die Parameter so geändert werden können, auch mit allen Folgewirkungen für andere Standorte, dass dort wieder attraktive Rahmenbedingungen für einen Einzelhändler geschaffen werden können. Derzeit sind die Erfolgsaussichten, dort wieder einen Einzelhändler anzusiedeln, sehr gering. Der Standort ist für den Markt, so wie er ist, derzeit nicht attraktiv. Es wäre lohnenswert, wenn sich der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus noch einmal damit befasst, um das noch einmal tiefergehend zu erörtern. Auf Nachfrage ergänzte **Herr Dr. Reck**, dass die zuständige Mitarbeiterin der Wirtschaftsförderung mit dem Einzelhandel im Gespräch ist, die Probleme aufnimmt und wo Handlungsbedarf besteht, auch handelt. **Herr Schönemann** bat darum, in der nächsten Sitzung des Stadtrates diesbezügliche Informationen zu bekommen, was von **Herrn Dr. Reck** zugesagt wurde.

Frau Storz, 2. stellv. Vorsitzende und Mitglied der SPD-Fraktion, stellte verweisend auf den Wechsel der Zuständigkeit für die Dessauer Kindertagesstätten und den Eigenbetrieb DeKiTa von Herrn Beigeordneten Krause auf Frau Bürgermeisterin Nußbeck die Frage, wie der Sachstand bezüglich der gemeinsamen Kindertagesstätte Kleutsch/ Mildensee ist. Die Antwort soll schriftlich erfolgen und allen Fraktionsvorsitzenden sowie dem Ortschaftsrat zugestellt werden.

Frau Storz verwies weiterhin auf die im Hochwasserausschuss gegebene Information, dass der Deich Scholitzer See in Mildensee, wo Häuser 5 m neben der Wassergrenze stehen, erneut verschoben werden soll, obwohl der Deich eigentlich diesen Herbst saniert werden sollte. Der Grund ist eine europaweite Ausschreibung, welche die zeitliche Fertigstellung hemmt. Es wurde aber auch besprochen, dass eine Abschnittsbildung möglich wäre, um unter dieser Europagrenze zu bleiben. Da die Einwohner die Bauerlaubnisse bereits unterschrieben haben und der Ortschaftsrat Gefahr im Verzug sieht, bittet sie den Oberbürgermeister, beim Landesverwaltungsamt und beim Landeshochwasserbetrieb aktiv zu werden und für diese Abschnittsbildung zu werben. Eine schriftliche Information soll dem Ortschaftsrat, den Anliegern und den Fraktionsvorsitzenden zugehen.

Abschließend gab **Frau Storz** aus der gestern stattgefundenen Sitzung des Hochwasserausschusses, in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister, die Information über eine neue Gesetzgebung zu Ölheizungen bekannt. Diese können in Dessau-Roßlau nur noch bis zum Jahr 2033 betrieben werden. Diejenigen, die noch sanieren wollen, sollten sich über andere Energieträger informieren. Im Amtsblatt wird es entsprechende Informationen geben und auch gedruckte Informationen seitens des Umweltamtes.

Herr Busch, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, ging auf das Verfahren zur Dessauer Kindertagesstätte Essener Straße ein und unterstützte die Ausführungen von Herrn Schönemann, dass auch auf die Baukultur in dieser Stadt geachtet werden muss, wozu man sich mit dem Masterplan Bauhaus verpflichtet hat. Insofern sind Mehrkosten von 1 Mio. € kein Argument, denn es müsse abgewogen werden. Unabhängig davon ist er der Auffassung, dass dieses Thema zwingend im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und im Gesundheits- und Sozialausschuss behandelt werden muss, da der Sachverstand aus diesen beiden Ausschüssen mit einfließen muss. Er stellte die Frage, warum keine Behandlung in den Ausschüsse erfolgt.

Herr Busch bezog sich weiterhin auf das Schulgebäude in der Schaftrift, welches einen verheerenden Eindruck macht. Er fragte, was hier geplant ist und wann.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erwiderte zur Anfrage DeKiTa Essener Straße, dass nur Diskussionen in Vorbereitung der Erarbeitung einer Beschlussvorlage stattfanden. Da es noch keine Beschlussvorlage gibt, konnte auch keine Beratung in den Ausschüssen stattfinden. Der Betriebsausschuss hat eine Arbeitsrichtung festgelegt, so dass der Maßnahmebeschluss jetzt erarbeitet werden kann. Die Hauptsatzung sieht eine Behandlung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt nicht vor, wenn Bauherr die Eigenbetriebe sind. Der Wunsch wird zur Kenntnis genommen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Schlecht-Pesé und bemerkte, er ist beruhigt, dass Frau Nußbeck zur Kenntnis genommen hat, dass dieses Thema in den Ausschüssen behandelt werden soll, denn er hat seinen Kenntnisstand nur aus der Fraktion. Die Fraktion ist mit der von der Verwaltung angedachten Lösung auch nicht einverstanden. Deshalb sollte das Thema vor der Behandlung im Stadtrat in den Ausschüssen diskutiert werden.

Es wird zwar eine halbe Million Euro teurer, aber es wird etwas für 40 Jahre oder länger für unsere Kinder gebaut. Auf der anderen Seite wird über ein kostenloses Frühstück gesprochen, was auch eine halbe Million kosten soll. Hier sind die Dinge unterschiedlich gewichtet.

Frau Dammann, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, erklärte, dass die BSG Medizin ein eingetragener Verein ist, der vom Städtischen Klinikum unterstützt wird. Seit 2011 bemüht sich die BSG Medizin um eine Regelung für die Turnhalle in Mosigkau, da hier ein Großteil der sportlichen Aktivitäten erfolgt. Obwohl im Herbst 2017 die Bemühungen verstärkt wurden, hat sich bis heute nichts getan, weshalb sie alle Verantwortlichen auffordert, schnellstens die Eigentumsverhältnisse und Übertragungsrechte umzusetzen. Diese sind notwendig, um dringende Reparaturarbeiten durchführen zu können. Sie stellte die Frage, wann dieses Problem endlich gelöst wird.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Hernig, Freie Fraktion, ging aufgrund von Bürgerinformationen auf die neu bebaute Flurstraße in Dessau-Ziebigk ein. Durch das dortige beidseitige Parken, finden Slalomfahrten statt und die Anwohner finden teilweise keine Parkplätze. Er stellte die Frage, ob ein einseitiges Parken auf der unbebauten Seite umgesetzt werden kann.

Es wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Auf die Wildschweinproblematik eingehend, verwies **Herr Adamek, CDU-Fraktion**, auf ein Treffen in Dessau-Süd. Bei allem Respekt gegenüber den gemachten Vorschlägen wird nicht mehr davon gesprochen, dass sich morgens in der Dämmerung das Wild mal kurz über irgendwelche Gärten hermacht, sondern dass das Wild in der Mittagsstunde durch die Ortschaft zieht. Natürlich verpflichtet Eigentum und jeder soll dort seinen Zaun ordentlich ziehen, aber es geht auch um den Schutz der Bürger vor Ort. Die unterbreiteten Vorschläge sollten nicht zu lange diskutiert werden, denn der Bürger erwartet, dass dort schnell gehandelt wird.

Weiterhin kritisierte **Herr Adamek** den Artikel eines Stadtverbandes auf den Fraktionsseiten im Amtsblatt. Die Fraktionen können hier über die Stadtratsarbeit und über die Stadt berichten, es aber nicht für den Wahlkampf missbrauchen. An die Stadtverwaltung richtete er die Bitte, hier Obacht walten zu lassen. Die Verantwortung liegt zwar bei den Fraktionen, aber der Herausgeber des Amtsblattes ist die Stadtverwaltung.

Zur Wildschweinproblematik legte **Herr Oberbürgermeister Kuras** dar, dass er sich seit dem Spätherbst des vergangenen Jahres intensiv mit dieser Frage befasst hat und mit Bürgern, betroffenen Gartensparten, dem Stadtverband und auch mit erfahrenen Jägern Gespräche geführt wurden. Mit dem einfachen Jagen, dass ein Jäger mit dem Gewähr auf diese Wildschweine schießt, ist es nicht mehr getan. Der Zeitpunkt wurde überall verpasst. Das Jagdgesetz gibt vor, dass in eingefriedeten Bereichen gar nicht geschossen werden darf. Die Jäger haben sich dort mit den Bürgern verständigt und eine Lesart gefunden, wie etwas gemacht werden kann. Erfahrene

Jäger weisen aber darauf hin, dass bestimmte Dinge laut Bundesjagdgesetz untersagt sind, wie z. B. das Anfüttern und die Benutzung von Nachtsichtgeräten. Früher bestand die Möglichkeit mit Ködern zu arbeiten und bei Tauben wurde durch das Herstellen von Unfruchtbarkeit der Nachwuchs verhindert. Das sieht er bei der Wildschweinplage als nicht gegeben an. Wenn der Gesetzgeber nicht andere Möglichkeiten schafft, wird es mit der herkömmlichen Bejagung nicht getan sein. Auch über die politischen Parteien müssen Möglichkeiten gefunden werden, wie das geregelt werden kann.

Zum Thema Amtsblatt führte **Herr Oberbürgermeister Kuras** aus, dass er nicht als Zensurbehörde für die Fraktionen auftreten möchte. Er teilt aber die Auffassung von Herrn Adamek, dass in dem bewussten Artikel Wahlkampföne zu lesen sind und eine bestimmte Grenze überschritten wurde. Er appellierte an alle Fraktionen, dem Charakter des Amtsblattes als Mitteilungsblatt der Stadt, auch in Wahlkampfzeiten, gerecht zu werden.

Nochmals auf die Wildschweinplage eingehend, erläuterte **Herr Adamek**, dass die Bürger wissen, dass das Problem nicht auf einmal gelöst werden kann, aber sie wissen auch, dass die Zeit verpasst wurde, denn es wurde rechtzeitig auf den akuten Zustand verwiesen. Die Bürger sind nicht mehr gewillt, lange zu warten, sondern erwarten jetzt Reaktionen.

Dass der richtige Zeitpunkt verpasst wurde, betrifft nicht nur die Stadt Dessau-Roßlau, sondern das Problem besteht bundesweit, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Er kann die Bundesgesetze nicht aufheben und auch nicht Jäger in großer Zahl in den Wohngebieten schießen lassen. Wenn Personenschäden auftreten, dann möchte keiner vor Gericht stehen und wegen fahrlässiger Tötung herangezogen werden. Er weiß nicht, welche Maßnahmen er über die bisherigen hinaus, noch treffen kann.

Während des Tagesordnungspunktes erschien Herr Dr. Hunger, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, zur Sitzung.

8 Beschlussfassungen

8.1 Berufung eines Stadtbezirksbeirates in den Stadtbezirksbeirat Nord Vorlage: BV/099/2018/I-08

Herr Hoffmann, **1. Stellv. Vorsitzender**, gab das Abstimmungsergebnis des Haupt- und Personalausschusses mit 9:0:0 bekannt.

Beschluss:

Der Stadtrat beruft Herrn Stephan Marahrens als Mitglied des Stadtbezirksbeirates Innerstädtisch Nord.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

8.2 Bezeichnung Brücke des Friedens **Vorlage: FV/002/2018/Linke**

Beschluss:

1. Für die Brücke über die Mulde an der Stadteinfahrt Ost wird die Bezeichnung „Brücke des Friedens“, auch Friedensbrücke genannt, festgeschrieben. Diese Bezeichnung ist im öffentlichen Sprachgebrauch anzuwenden.
2. Es ist zu prüfen, ob diese Bezeichnung durch entsprechende Schilder an der Ortsein- bzw. Ortsausfahrt, jeweils rechts an der Brücke, gut sichtbar angebracht werden kann.
3. Auf dem Haltestellenschild an der Bushaltestelle Oranienbaumer Chaussee/Wasserstadt ist die Bezeichnung von „Muldrücke“ in „Brücke des Friedens“ entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: 38:00:01

8.3 Bebauungsplan Nr. 224 „Wohngebiet an der Wilhelm-Busch-Straße“ – Abwägungs- und Satzungsbeschluss **Vorlage: BV/055/2018/III-61**

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzender, gab die Ergebnisse der vorberatenden Gremien bekannt:

- Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 7:1:0
- Ortschaftsrat Kochstedt: 5:0:0

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erläuterte, dass im Februar 2017 der Aufstellungsbeschluss für diesen Bebauungsplan gefasst wurde. Es handelt sich um eine Situation, die dringend einer städtebaulichen Klärung bedurfte. Es geht dort um die Schaffung von 65 Baugrundstücken. Die Bebauung wird vorwiegend 2-geschossig erfolgen und es gibt keine Auflagen für die Fassaden- oder Dachgestaltung. Ein gutes Jahr nach dem Aufstellungsbeschluss kann der Abwägungs- und Satzungsbeschluss für den B-Plan gefasst werden, was ein hartes Stück Arbeit in Kooperation mit dem Investor war, der die Aufstellung des Bebauungsplanes angestoßen, finanziert und auch die Eigentumsklärung vorgenommen hat, so dass es auch Verfügungen über diese Flächen gibt. Der Investor wird gemeinsam mit der Stadt und der DVV die Erschließung neu regeln. Insofern ist heute der Aufstellungs- und Satzungsbeschluss ein Signal für den Investor, damit er verbindliche Sicherheiten hat. Es ist die Schaffung von Planungssicherheit, was nicht bedeutet, dass auch dort sofort Baugenehmigungen erteilt werden können. Es sind zuvor noch weitere vertragliche Abstimmungen mit dem Investor notwendig, wozu im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Ausführungen erfolgen können.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, begründete seine Gegenstimme zur Beschlussvorlage. Als der Investor in Insolvenz gegangen ist, hat es die Stadtverwaltung versäumt, sich aus der Insolvenzmasse die Erschließung des Regenrückhaltebeckens zu sichern und drückt die Kosten für das bereits bebaute Gebiet jetzt der DVV auf. Damit sind die Investitionen bei der DVV, was deren Gebührenkalkulation belastet. Das betrifft also jeden Bürger dieser Stadt. Wenn die Stadt diesen Teil noch bebauen will, hätte sie diesen Teil übernehmen müssen, denn von dem Investor kann das nicht verlangt werden. In den Ausschüssen wurde ausgeführt, dass die DVV bisher keine Oberflächenentwässerungsgebühren kassiert, obwohl es eine befristete Einleitgenehmigung gegeben hat, die erst jetzt ausgelaufen ist. Die Gebühren hätten kassiert und damit eine Rücklage geschaffen werden können, dann wäre es wenigstens in die Gebührenkalkulation eingeflossen. Der Landesrechnungshof sieht das genauso, jedoch ist die DVV anderer Meinung.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies darauf, dass das ein gemeinschaftliches Projekt zur Lösung dringend notwendiger Erschließungsfragen der Stadt ist. An dieser Stelle besteht momentan ein schwieriger gesetzlicher Genehmigungszustand. Es geht auch um die Entwässerung von Grundstücken der Stadt. Insofern kann man froh sein, dass diese Übereinkunft zur Lösung des Problems generell getroffen wurde.

Herr Oberbürgermeister Kuras verwies auf die einmalige Chance, nach der Insolvenz, wo die Grundstücke in viele Hände gelangt sind, das Gelände endlich zu ordnen. Auch die Stadt leitet dort durch die Schule ein. Nach seinen Informationen war damals die Höhe der Bürgschaft nicht ausreichend, ansonsten hätte das Regenrückhaltebecken auch aus der Bürgschaft des insolvent gegangenen Bauunternehmens bezahlt werden können. So einfach, wie Herr Otto das geschildert hat, ist es nicht.

Beschluss:

Der in der Anlage 2 beigefügte Vertragsentwurf zur Sicherung und Durchführung von Maßnahmen zur Kompensation von nicht vermeidbaren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch den Bebauungsplan wird gebilligt und zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.

1. Den in der Anlage 3 enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.
3. Aufgrund des § 10 Abs. 1 des BauGB i.V.m. § 245 c BauGB sowie § 8 Abs.1 KVG LSA beschließt der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau den in der Anlage 5 beigefügten Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.
4. Die in der Anlage 6 beigefügte Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 32:01:06

**8.4 Durchführungsvertrag zum VE-Plan Nr. 17 „Wohnsiedlung Neuenhofenweg“, 1. Änderung zum Vertrag vom 18.06.2001/20.07.2001
Vorlage: BV/107/2018/III-66**

Herr Hoffmann, 1. Stellv. Vorsitzende, verwies auf die schriftlich ausgereichte Begründung zur Nichtbehandlung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt an die Fraktionen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, führte aus, dass in dem Änderungsantrag die Vorbemerkung steht, dass der Investor den Antrag zur Verlängerung der Erfüllung seiner Verpflichtungen am 13.02.2015 gestellt hat. Zwischenzeitlich sind mehr als 3 Jahre vergangen. Daraus macht das Baudezernat jetzt eine Eilbeschlussvorlage. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Zufahrt für Herrn Lantzsch nicht erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf der 1. Änderung des Durchführungsvertrages zum VE-Plan Nr. 17 „Wohnsiedlung Neuenhofenweg“ wird bestätigt. Der Vertrag wird zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

**8.5 Maßnahmebeschluss zur Erweiterung der zentralen OP-Abteilung des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/037/2018/V-SKD**

Beschluss:

1. Dem Maßnahmebeschluss zur Erweiterung der zentralen OP-Abteilung des Städtischen Klinikums Dessau inklusive der Anpassung peripherer Räume wird unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2018 ff. durch die Kommunalaufsicht zugestimmt.
2. Einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,69 Mio € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 17:48 Uhr beendet..

Dessau-Roßlau, 15.06.18

Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer